



Deutsche Stiftung für
Recht und Informatik

Update Datenschutz

RA Dr. Flemming Moos

Osborne Clarke

Herbstakademie 2020

AGENDA

1. EuGH und BGH zu Cookie- und Werbeeinwilligungen
2. Urteile zu Schadensersatzansprüchen unter der DSGVO
3. VwGH: Sanktionierung juristischer Personen unter der DSGVO
4. BGH: Umfang der Öffnungsklausel des Art. 6 Abs. 4 DSGVO
5. EuGH: Schrems II

1.

Urteile zur Gestaltung einer rechtskonformen Einwilligung

Sachverhalt & Streitgegenstand
EuGH, Urt. v. 1.10.2019 – C-673/17 - Planet49

- ▶ Einsatz von Werbe-Cookies (Opt-Out) im Zuge der Teilnahme an einem kostenlosen Online-Gewinnspiel
- ▶ Kann eine Einwilligung durch ein vorausgewähltes Ankreuzfeld erklärt werden?
- ▶ Ist Art. 5 Abs. 3 ePrivacy-RI für personenbezogene Informationen anders als für nicht-personenbezogene anzuwenden?
- ▶ Welche Informationspflichten sind beim Setzen von Cookies zu erfüllen?

1.

Urteile zur Gestaltung einer rechtskonformen Einwilligung

Entscheidung & Bewertung

EuGH, Urt. v. 1.10.2019 – C-673/17 - Planet49

- ▶ EuGH äußert sich in der Entscheidung zuvorderst zur DSRL und ePrivacy-RI, ordnet aber auch die DSGVO als streitgegenständlich ein.
- ▶ Unwirksame Einwilligung durch vorab angekreuzte Kästchen
 - ▶ Art. 7 lit. a DSRL fordere, dass die Erteilung „ohne jeden Zweifel“ und nach Art. 4 Nr. 11 DSGVO „unmissverständlich“ erfolge
- ▶ Keine Differenzierung zwischen personenbezogenen und nicht-personenbezogenen Informationen
- ▶ Umfassende Informationserteilung beim Einsatz von Cookies
 - ▶ Funktionsdauer und Möglichkeit des Zugriffs Dritter

1.

Urteile zur Gestaltung einer rechtskonformen Einwilligung

Entscheidung & Bewertung

BGH, Urt. v. 28.05.2020 – I ZR 7/16 - Cookie-Einwilligung II

- ▶ Unwirksamkeit der Cookie-Einwilligung
 - ▶ Richtlinienkonforme Auslegung: Gem. § 15 Abs. 3 S. 1 TMG Werbe-Cookies zukünftig nur noch nach aktiver Einwilligung des Nutzers
- ▶ Weiterhin möglich:
 - ▶ konkludente Einwilligung in das Auslesen von Cookies o. andere Verarbeitungen? “aktiv” vs. “ausdrücklich”
 - ▶ Gestufte Konzeption d. Einwilligung
- ▶ Relevanz für weitere Tracking-Technologien
- ▶ Unwirksamkeit der Werbeeinwilligung
 - ▶ Einwilligung nicht „für den bestimmten Fall“ iSv. Art. 4 Nr. 11 DSGVO erklärt
 - ▶ Gestaltung der Einwilligungserklärung darauf angelegt, durch aufwendiges Verfahren von der einzelnen Abwahl abzuhalten
- ▶ Weiterhin Unklarheiten bzgl. konkreter Ausgestaltung der Einwilligungserklärung

2.

Urteile zu Schadensersatzansprüchen unter der DSGVO

Sachverhalt & Streitgegenstände

ArbG Düsseldorf, Urt. v. 05.03.2020 – 9 Ca 6557/18

- ▶ Schadensersatzanspruch gegenüber Arbeitgeber wegen Unvollständigkeit einer Auskunft nach Art. 15 DSGVO
- ▶ Eingeklagt war ein Betrag von EUR 140.000 (12 Monatsgehälter)

OLG Innsbruck, Urt. v. 13.2.2020 – 1 R 182/19b

- ▶ Schadensersatzanspruch gegenüber Österreichischer Post wegen unerlaubter Verarbeitung von Daten über politische Meinung
- ▶ In erster Instanz: EUR 800 pro Betroffenenem

Entscheidungen und Bewertung der beiden Urteile

- ▶ ArbG Düsseldorf
 - ▶ Immaterieller Schadensersatz i.H.v. 5.000 EUR – erlittener Schaden nicht erheblich
 - ▶ Maßgeblich f. Höhe: Finanzkraft d. Schädigers wegen Effektivitätserfordernis
- ▶ OLG Innsbruck
 - ▶ Für SEA kein besonders schwerer Verstoß erforderlich
 - ▶ Aber Mindestmaß an pers. Beeinträchtigung („Erheblichkeitsschwelle“)
 - ▶ Tatsächliche Persönlichkeitsverletzung & Konsequenz der Rechtsverletzung (z.B. Ärger oder Gefühlsschaden)
- ▶ Stark unterschiedliche Anforderungen an Schadensersatzansprüche

3.

VwGH: Sanktionierung juristischer Personen unter der DSGVO

Streitgegenstand & Sachverhalt

Österreichischer VwGH, Urt. v. 12.05.2020 – Ro 2019/04/0229

- ▶ Österr. DSA verhängte gegenüber einer jur. Person wegen verschiedener Verstöße im Zusammenhang mit einer Videoüberwachung eines Wettbüros ein Bußgeld. Der Verantwortliche hatte dies in der Vorinstanz bereits erfolgreich beanstandet.
- ▶ Können Bußgelder gegenüber einer juristischen Person nach Art. 83 Abs. 4 und 6 DSGVO nur verhängt werden, wenn die zusätzlichen Strafbarkeitsvoraussetzungen des nationalen Rechts berücksichtigt werden, oder reicht die Eigenschaft als Verantwortlicher i.S.v. Art. 4 Nr. 7 DSGVO aus?

3.

VwGH: Sanktionierung juristischer Personen unter der DSGVO

Entscheidung & Bewertung

Österreichischer VwGH, Urt. v. 12.05.2020 – Ro 2019/04/0229

- ▶ Bei der Durchsetzung von Art. 83 DSGVO sind die nationalen Voraussetzungen für die Sanktionierung jur. Personen zu beachten: Art. 83 DSGVO ist nicht abschließend
- ▶ Wettbewerbsrechtliche Rechtsprechung des EuGH zur Verhängung von Geldbußen durch insoweit nicht auf die DSGVO übertragbar
 - ▶ Rechtsverletzung ist darzulegen und konkrete Leitungsperson, die schuldhaft gehandelt hat, ist namentlich zu benennen
- ▶ Weitgehend auf deutsches Recht übertragbar!
 - ▶ Auch nach deutschem Recht muss schuldhaft handelnde Leitungsperson gem. §§ 30, 130 OWiG benannt werden
 - ▶ Nicht im Einklang mit bisheriger Bußgeldpraxis deutscher Behörden

4.

BGH: Umfang der Öffnungsklausel des Art. 6 Abs. 4 DSGVO

Streitgegenstand & Sachverhalt
BGH, Beschl. 24.09.2019 – VI ZB 39/18

- ▶ Auskunftbegehren nach § 14 Abs 3 TMG ggü. Facebook. Die Auskunftserteilung d. erfragten Daten hätte eine Zweckänderung zur Folge. Fraglich, ob § 14 Abs. 3 – 5 TMG weiterhin anwendbar, oder Art. 6 Abs. 4 i.V.m. Art. 5 Abs. 1 lit. b DSGVO (absolutes Zweckänderungsverbot) diese generell und insb. für Private unanwendbar erklärt
- ▶ Art. 6 Abs. 4, 1. Hs. 2. Var. DSGVO enthält eine Öffnungsklausel für Zweckänderungen, wodurch Mitgliedstaaten einzelne Zweckänderungen privilegieren können, wenn Art. 23 DSGVO eingehalten wird
- ▶ Str.: Können hierdurch auch private Stellen privilegiert werden?

4.

BGH: Umfang der Öffnungsklausel des Art. 6 Abs. 4 DSGVO

Entscheidung & Bewertung BGH, Beschl. 24.09.2019 – VI ZB 39/18

- ▶ BGH entschied zugunsten einer extensiven Öffnungsklausel
 - ▶ § 14 Abs. 3 - 5 TMG ist mit dem europäischen Recht vereinbar
 - ▶ Regelung diene der Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche und stehe im Einklang mit den Anforderungen aus Art. 6 Abs. 4, 1 Hs. 2. Var. DSGVO; Art. 23 Abs. 1 lit. j)
 - ▶ Keine Begrenzung der Öffnungsklausel auf Umfang gemäß Art. 6 Abs. 3 S. 2 DSGVO (Aufgabe im öffentlichen Interesse oder Ausübung öffentl. Gewalt)
 - ▶ Keine Vorlage an EuGH

5.

EuGH: Internationale Datentransfers

Streitgegenstand & Sachverhalt

EuGH, Ur. v. 16.07.2020, Rs. C-311/18 – Schrems II

- ▶ Vorabentscheidung über Anforderungen an die Gewährleistung eines angemessenen Datenschutzniveaus bei Datenübermittlungen in Drittländer
- ▶ Gültigkeit des Angemessenheitsbeschlusses der EU-Kommission zum EU-US Privacy Shield (C(2016) 4176 v. 12.7.2016, ABI. 2016 L 207, 1)
- ▶ Gültigkeit des Beschlusses zu den EU-Standardvertragsklauseln für Auftragsverarbeiter (K(2010) 593 v. 5.2.2010, ABI. 2010 L 39, 5)
- ▶ Zulässigkeit der darauf gestützten Datentransfers an Facebook in den USA.

5.

EuGH: Internationale Datentransfers

Entscheidung & Bewertung EuGH, Ur. v. 16.07.2020, Rs. C-311/18 – Schrems II

- ▶ EU-U.S. Privacy Shield ist ungültig
 - ▶ Kein gleichwertiges Schutzniveau: Zugriffsbefugnisse von Sicherheitsbehörden derart uferlos, dass Eingriff in die Grundrechte unverhältnismäßig
 - ▶ Kein wirksamer Rechtsschutz durch Ombudsperson
 - ▶ EuGH legt bei der Bewertung des US-Rechtssystems gedanklich einen EU-Standard an, der in Wirklichkeit nicht existiert.
- ▶ Standardvertragsklauseln gültig, aber Einzelfallprüfung
 - ▶ Abschluss der SCC garantiert für sich noch kein angemessenes Schutzniveau – Möglichkeit der Vertragstreue?
 - ▶ Angemessenheitsprüfung im Einzelfall – nach identischem Prüfungsmaßstab wie für Kommission; bei Defiziten zusätzliche Vorkehrungen notwendig
 - ▶ Umsetzung und Konsequenzen offen

VIELEN DANK FÜR DIE AUFMERKSAMKEIT!

RA Dr. Flemming Moos

Osborne Clarke, Hamburg

flemming.moos@osborneclarke.com

